

Gebietes, ohne Lasten, die der Feind auf sie wälzt, ohne Demütigung auch, und diese Möglichkeit wird eine Anziehungskraft ausüben, die kein Widerstand verstockter Regierungen aufzuhalten vermögen wird. Die Weihnachtsbotschaft von Brest-Litowsk ist eine Botschaft der Erlösung an die gequälte Menschheit.

In der entscheidenden Frage, der Grundbedingung des demokratischen Friedens, waltet nun zwischen den Verbündeten und Rußland volle Übereinstimmung: daß es ein Verständigungsfriede sein muß, ein Friede ohne Annexionen und Kontributionen. Die Mächte des Vierbundes, also Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei, sind mit einem sofortigen allgemeinen Frieden ohne gewaltsame Gebiets-erwerbungen und ohne Kriegsentschädigung einverstanden und erklären feierlich ihren Entschluß, „unverzüglich einen Frieden zu unterschreiben, der diesen Krieg auf Grundlage der vorstehenden, ausnahmslos für alle kriegführenden Mächte in gleicher Weise gerechten Bedingungen beendet“. Das ist, endlich, eine offene Erklärung, die jede Hinterhältigkeit ausschließt, die Erklärung, deren Mangel den Staatsmännern der Entente seit einem Jahre den Vorwand zur Aufpeitschung der Kriegsleidenschaften, zur Fortführung des Krieges bietet. Die Anerkennung dieser Friedensformel haben die Sozialisten der Mittelmächte unausgesetzt betrieben, aus der Erkenntnis für sie gekämpft, daß ihre Annahme die einzige Möglichkeit gibt, zum Frieden zu gelangen, bevor sich alle Völker verblutet haben, und weil sie die einzig gerechte Friedensbedingung ist, die dem eigenen Lande ebenso nützt, wie sie die Notwendigkeiten der anderen achtet. Mit derselben Genugtuung wie der Führer der russischen Delegation können die Sozialisten der Mittelmächte die Erklärung, die Graf Czernin im Namen der Verbündeten gab, als einen gewaltigen Fortschritt begrüßen, als die Anerkennung der Prinzipien eines allgemeinen demokratischen Friedens ohne Annexionen und Kontributionen, als einen Fortschritt auf dem Wege des allgemeinen Friedens. In das Gemirr von territorialen Fragen, das, einzeln betrachtet und einzeln zur Lösung gestellt, schier unentwirrbar wäre, ordnet sich in dieser Formel in natürlicher Weise, und vor allem ist damit die Frage beantwortet und gelöst, die das schwerste Hindernis zu bilden schien: die Frage Belgiens. Gibt doch die von den Russen angeregte und von den Verbündeten nicht zurückgewiesene Schaffung eines „besonderen Fonds“, aus dem die Verluste der „feindlichen“ Privatpersonen beglichen werden sollen, sogar die Möglichkeit, jene Wiedergutmachung des durch den neutralitätswidrigen Einmarsch in Belgien angerichteten Schadens zu bewirken, auf die bekanntlich Wilson den größten Nachdruck legt. Daß die Verbündeten vorläufig nur die völkerrechtswidrigen Gewaltakte sehen wollen, die im eigenen Gebiet den Zivilangehörigen des Gegners zugefügt wurden, ist allerdings ein wichtiger Unterschied; aber den Grundsatz der Schadenspflicht für völkerrechtswidrige Gewalttaten einmal angenommen, wird er sich auf das „eigene Gebiet“ wohl nicht beschränken lassen. Auch die Einschränkung der Nichtannexion auf die Gegenwart und die Erlösung dieser Verpflichtung, wenn sich die übrigen kriegführenden ihr nicht in „angemessener Frist“ anschließen sollten, steht, wenn wir da auch die Bedenken weiter hegen, die wir gegen diese „Verwahrung“ immer geäußert haben, dem allgemeinen Frieden, der jetzt abgeschlossen werden kann und werden soll, nicht hindernd im Wege. Was die Entente immer gefordert und auf dessen Unterlassen sie sich immer berufen hat, das hat sie nun in dieser Erklärung deutlich, rückhaltlos und genau so vor sich, wie sie es heißen zu müssen vermeint hat. Sollte es also nicht möglich sein, daß sich in ihren Auffassungen jene Wendung vollzieht, die den ehrenhaften und gerechten Frieden annimmt, statt einem nebelhaften und höchst unwahrscheinlichen Siege nachzulaufen? Die Völker der Entente werden diese Botschaft mit gierigen Sinnen vernehmen, und auf ihre Frage, die sich dann mit Macht und Kraft erheben wird, auf die Frage, wofür denn der Krieg fortgeführt werden soll, wird keiner der Staatsmänner der Entente eine Antwort geben können. Der Weg zum allgemeinen Frieden scheint sich zu öffnen.

Weit auseinander gehen die russischen Auffassungen und die der Verbündeten in allem, was das Selbstbestimmungsrecht der Nationen angeht und daraus sich ergibt. Getreu den Grundsätzen und Beschlüssen der Revolution verlangt die russische Abordnung, daß das Selbstbestimmungsrecht der Nationen ein die politische Ordnung des europäischen Staatenlebens bestimmender Faktor werde, demnach als ein Grundsatz betrachtet wird, der in der Ordnung dieses Krieges, in dem Friedensvertrag zu bekräftigen sei. Sie schlägt deshalb vor, daß die nationalen Gruppen, die vor dem Kriege nicht selbständig waren, über die Zugehörigkeit zu dem einen oder dem anderen Staate oder über ihre staatliche Selbstständigkeit durch Volksabstimmung selbst entscheiden sollen. Unter diese „nationalen Gruppen“ würden vor allem die nicht-russischen Völker Rußlands fallen, Polen, Kurland, Litauen, vielleicht auch Mazedonien; und die Ablehnung dieses Vorschlages ist demnach nicht recht begreiflich. Offensichtlich geschieht sie in der Hauptsache wegen der Befürchtung, daß der Grundsatz auch eine Anwendung auf Oesterreich erheischen könnte und demnach zu einer internationalen Lösung von Fragen drängen würde, die in der Ueberschreibung der Staats-

idee als innerstaatliche Fragen erachtet werden. Ob der Vorschlag der Russen auch dahin zielt, ist aber nicht so leicht zu erkennen. Aus dem gleichen Beweggrund wird auch der Vorschlag abgelehnt, den Rechten der nationalen Minderheiten durch internationalen Vertrag Schutz zu gemähren; auch das scheint dem Vierbund eine bloße innerstaatliche Frage, wobei der Einwand, daß die Verleihung von Schutz ein Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht der Völker wäre, nicht ernst zu nehmen ist. Mit der größten Entschiedenheit wird von Deutschland die Rückgabe seiner Kolonien begehrt, und wenn auch die Russen anerkennen, daß dieses Verlangen „den von ihnen entwickelten Grundsätzen entspreche“, so wird hier vornehmlich an die Vernunft, an die Einsicht und an die Gerechtigkeit der Gegner appelliert. Vollständige Übereinstimmung herrscht auf der Friedenskonferenz darüber, daß dem blutigen Kriege kein Wirtschaftskrieg folgen dürfe, daß die Beendigung des Krieges ein Zeitalter des sittlichen Friedens auf allen Gebieten eröffnen müsse.

Es war der heißeste Wunsch der Sozialisten der Mittelmächte, und darauf waren alle Bemühungen des Proletariats gerichtet, aus den Verhandlungen mit Rußland den allgemeinen Frieden hervorgehen zu lassen. Mit der erzenen Kraft der Revolution wird die Fahne des allgemeinen Friedens erhoben und an alle Menschen und Völker des Erdballs ergeht der Anruf, sich um diese Fahne zu scharen, um die rote Fahne des demokratischen Friedens, der den blutigen Zwist zwischen den Völkern und Staaten schließt und die grausamste und schrecklichste Verwirrung des Menschengeschlechts beendet. Mit schmerzlicher Resignation sagt der Papst, daß seine Bemühungen fruchtlos geblieben sind. Hinter dem Verständigungsfrieden, der nun in den Umrissen formuliert ist, stehen aber die Völker selbst, steht vor allem das Proletariat wie Rußlands so auch Deutschlands und Oesterreich-Ungarns, und zu ihm werden nun auch die Völker des Westens stoßen. Eine Hoffnung leuchtet auf, und von der Menschheit, die so viel gelitten hat, weicht die Verzweiflung. Möge der Weihnachtsbotschaft die Erfüllung rasch folgen!

Die Weihnachtsbotschaft von Brest-Litowsk.

Auf dem Wege zum Frieden, zum wirklichen, zum allgemeinen Frieden, ist in Brest-Litowsk ein großer Schritt getan worden. Die russische Delegation, deren Gewicht damit bedeutsam hervortritt und die sich schon dadurch als das friedensbewegende Element kennzeichnet, hat am Samstag der Friedenskonferenz einen vollständigen Vorschlag für einen allgemeinen, gerechten, für alle in gleicher Weise annehmbaren Frieden vorgelegt. Die Verbündeten haben die russischen Vorschläge am Weihnachtstag mit einer ausführlichen Erklärung beantwortet, und wenn auch zwischen den russischen Punkten und der Antwort der Verbündeten noch wesentliche Differenzen obwalten, so konnte die russische Delegation doch feststellen, daß nach ihrer Ansicht die Antwort der Verbündeten die wirkliche Möglichkeit bietet, sofort zu Verhandlungen über einen allgemeinen Frieden unter den kriegführenden Staaten zu schreiten. Auf Vorschlag der russischen Delegation wurde beschlossen, die Verhandlungen für zehn Tage, das ist bis zum Abend des 4. Jänner, zu unterbrechen, damit den Völkern, deren Regierungen bisher abseits geblieben sind, die Möglichkeit geboten sei, sich mit den jetzt aufgestellten Prinzipien eines solchen Friedens bekanntzumachen. Mit großer Ansicht sagt die russische Erklärung: den Völkern; denn daß der Eindruck auf die Völker der Entente, die den Krieg ebenso verabscheuen wie wir alle, ihn ebenso hassen und nach dessen Beendigung leuzen, ein gewaltiger, ein tiefer sein wird, ist nicht zu bezweifeln. Zum erstenmal erblicken sie die Möglichkeit, das graue, sinnlose Gemel in ehrenhafter Weise endigen zu können, ohne Schmälerung ihres